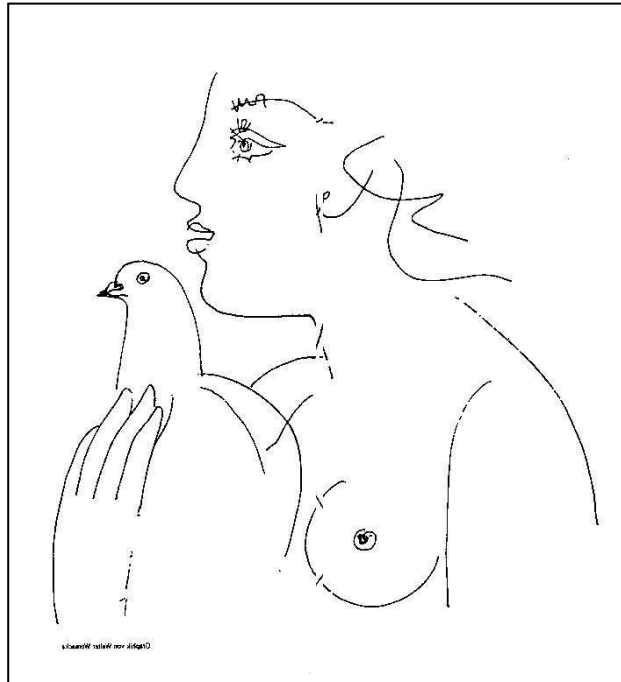


# Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 60



## Von G7/G8 zu G-20 - Weltwirtschaftsgipfel in der Entwicklung

von

**Prof. Dr. Rolf Sieber**

Redaktionsschluss: 01. November 2009

---

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: [gbmev@t-online.de](mailto:gbmev@t-online.de) Homepage: [www.gbmev.de/](http://www.gbmev.de/)

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wird die Weltwirtschaft als System entscheidend durch das ökonomische Gewicht, die politische Stärke und gemeinsame internationale Aktivitäten der G-20 Ländergruppe geprägt und in ihrer Gesamtentwicklung strategisch bestimmt.

Zu dieser Gruppe zählen die Industriestaaten USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland, Kanada und die EU (die anderen 23 EU Mitgliedsländer) sowie die Schwellenländer China, Brasilien, Indien, Mexiko, Australien, Südkorea, Türkei, Saudi Arabien, Indonesien, Argentinien und Südafrika.

Seit vielen Jahren unternehmen die großen kapitalistischen Industriestaaten verschiedene Anstrengungen, durch Zusammenarbeit und Kooperation möglichen Wirtschaftskrisen im nationalen wie im Weltmaßstab zu begegnen, das kapitalistische Weltfinanz – und Wirtschaftssystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Dabei ging es und geht es immer darum, nicht das System als solches in Frage zu stellen, sondern die dem Streben nach Maximalprofitten geschuldeten, systemimmanenten widersprüchlichen Entwicklungen unter Kontrolle zu bekommen.

Der G-20 Gipfel in Pittsburgh spielt dabei eine besondere Rolle. Diese „große Runde“ wurde letztlich erzwungen, weil ohne die Beachtung der neuen Rolle der Schwellenländer – besonders China, Brasilien, Indien, Mexiko und Australien – an der Spitze aller Entwicklungsländer, die Entwicklungstrends der Weltwirtschaft nicht mehr zu begreifen und in ihrer ganzen Wirkung für die Zukunft zu erfassen sind.

Gewiss ist es nicht im Interesse der Weltbevölkerung, wenn das Weltfinanz – und Wirtschaftssystem im Chaos versinkt, allerdings sind die von den Regierenden angestrebten „Reparaturmaßnahmen“ kritisch zu hinterfragen, inwieweit sie geeignet sind, im Interesse der Menschen und nicht allein des Profits ein solches Chaos aufzuhalten. Das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC, hat bisher alle Gipfeltreffen mit Protesten seiner Anhänger begleitet – so auch das Treffen in Pittsburgh. Dort herrschte unter den Protestierenden große Einigkeit, dass man weltweit eine andere Form des Wirtschaftens fordern muss und die G-20 dafür nicht die richtige Runde ist.

Diese grundsätzlichen Ausgangspunkte sind auch der Betrachtung der Geschichte des G – 20 Gipfels und seiner bisherigen Ergebnisse zu Grunde zu legen.

## 1. Von den Treffen der G 7 bzw. G 8 zum Gipfel der G 20-Ländergruppe.

Im Jahre 1975 verabredeten die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan eine gemeinsame Behandlung von ökonomischen, politischen und Sicherheitsfragen. 1976 schlossen sich Kanada und 1977 die USA an. Es entstand die so genannte Ländergruppe 'G 7', der weltweit wichtigsten Wirtschaftsländer. 2002 wurde auf Vorschlag der USA und Deutschlands Russland als Vollmitglied aufgenommen. Die Aufnahme Russlands in die Runde der kapitalistischen Industriestaaten muss als Zeichen der Anerkennung des Kooperationskurses von Präsident Wladimir Putin gewertet werden. Bereits 1991 hatte sich der Kreml-Chef Michael Gorbatschow – nachdem er seine Bereitschaft erklärt hatte, in der Wirtschaft der Sowjetunion den sozialistischen Weg zu verlassen - zum ersten Mal an die G 7 gewandt..

Es sei noch erwähnt, dass Russland nach der Aufnahme in den „Club“ ein 10 Milliarden Euro schweres Hilfspaket, speziell zur Entsorgung ausgemusterter Atomwaffen und chemischer Kampfstoffe, erhielt.

Russland wurde beim Treffen im kanadischen Kanakasdis mit der Ausrichtung des regulären Gipfels 2006 beauftragt. Nunmehr kamen diese Länder als G 8 regelmäßig zu informellen Treffen zusammen, auch Gipfeltreffen genannt. Aus den ehemaligen Kamingesprächen waren G 8-Gipfeltreffen geworden, die stets mit enormem Aufwand, besonders für die Abschirmung gegen Proteste verbunden waren. Zuweilen inszenierte sich die G 8 als eine Weltregierung, die glaubte, berechtigt zu sein, Entscheidungen für alle Länder der Erde zu fällen. Dabei repräsentierte die G 8 zwar zwei Drittel der Weltwirtschaftsleistung, aber nur 13 Prozent der Weltbevölkerung. Länder wie China, Indien und Brasilien hatten wirtschaftlich stark aufgeholt und meldeten berechtigterweise Ansprüche auf Mitverantwortung und Mitsprache an.

### Zum Gipfel der G 8 vom 7. bis 9. Juli 2008 im japanischen Toyako

2008 tobten in der Weltwirtschaft alle bekannten Arten von Krisen (Immobilien-, Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrisen, bzw. Rezession) und meldeten sich Katastrophen auf den Gebieten Umwelt, Energie, Klima, Rohstoffe und Nahrungsmittelversorgung an. Jetzt kam eine spezielle Krise noch hinzu, nämlich die Legitimationskrise der G

8, deren Gipfeltreffen 2008 in der japanischen Stadt Toyoka auf der Insel Hokkaido stattgefunden hatte. Es wurde das größte Gipfeltreffen in der 35 Jahre alten Geschichte von G 7/G 8. Zusätzlich zu den Repräsentanten der acht Mitgliedsländer waren anwesend: Vertreter von Australien, Malaysia, Südkorea und von sieben afrikanischen Ländern (Algerien, Äthiopien, Ghana, Nigeria, Senegal, Südafrika und Tansania). Vertreten waren auch zahlreiche Internationale Institutionen und Organisationen wie beispielsweise die UNO und die Westeuropäische Union.

In dem Beitrag „Nach dem Gipfel – und alle Fragen offen“,<sup>(1)</sup> analysiert Michael R. Krätke die Ergebnisse des Toyoka-Gipfels, der die japanischen Steuerzahler immerhin 60 Mrd. Yen, das sind 364 Mio. Euro, gekostet hatte. Nach meiner Meinung gelingt Michael Krätke in hervorragender Art und Weise der Nachweis, dass die acht entwickelten Industriestaaten außer Mehrheiten und Veto-Positionen im IWF, in der Weltbank und WTO „über keine Machtmittel verfügen, um den Rest der Welt zur Kooperation zu zwingen. Ohne die Schwellenländer, insbesondere der wichtigsten fünf (China, Indien, Mexiko, Brasilien, Südafrika – G-5 Länder), geht gar nichts mehr. Seit 2001 werden sie daher zu den G8 eingeladen, zu Konsultationen, die im Verlauf des ‚Heiligen Damm-Prozesses‘ immer weiter ausgebaut werden sollen, um die G 5-Länder in Entscheidungen über die globale Klimaschutz-Politik einzubinden.“<sup>(2)</sup> Das bezieht sich auch auf die Unfähigkeit der G 8-Länder, die Welt zu effektiv-wirksamen gemeinsamen Aktionen mit dem Ziel der Bekämpfung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und zur Überwindung deren Folgen zusammen zu führen.

Während Großbritannien und Frankreich dafür plädierten, die G 8 durch die Gruppe G 5 zu erweitern, einschließlich der Ernennung der Schwellenländer zu Vollmitgliedern im Club der Mächtigen, beharrten Deutschland und Japan auf ihren Positionen von G 8. Dies sei für sie die einzige Vorstellung zu einer weltpolitischen Bühne.

Darüber waren die Schwellenländer nicht erfreut. China und Indien beispielsweise hatten inzwischen bedeutsamen Einfluss auf die Weltpolitik errungen. Sie waren gesuchte Verhandlungspartner. Ohne sie war die Lösung weltpolitischer Probleme nicht mehr möglich.

---

<sup>1</sup> Blätter für deutsche und internationale Politik', Heft 5/2008 auf den Seiten 5 bis 8 und 122/123

<sup>2</sup> ebenda S.5

Die G 5 waren im Vergleich zur G 8 besser organisiert. Sie traten geschlossener auf. „Bevor sie G 13 oder G 16 zustimmen würden, müssten die G 8 erst einmal beweisen, dass sie zu ernsthaften Dialogen und Kompromissen mit diesen Ländern bereit und fähig sind“.(3)

Michael Krätke kommt nach kritischer Auseinandersetzung mit der in Toyako behandelten Tagesordnung zu dem Schluss: „Die Weltwirtschaft steht auf der Kippe – auf alle drängenden Fragen der Gegenwart sind die Regierungschefs der G 8 eine klare Antwort schuldig geblieben. Mit jedem gebrochenen Versprechen verlieren sie an Glaubwürdigkeit, mit jeder verpassten Chance, ihrer Führungsrolle gerecht zu werden, untergraben sie ihren Führungsanspruch. Kein Zweifel, der Club der Superreichen und Mächtigen steckt in einer schweren Krise zur Legitimation.“ (4)

#### Der letzte Gipfel G 8 in Italien. Die G 20-Ländergruppe meldet sich zu Wort

Angesichts der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, insbesondere der Finanzkrise, und der Ergebnisse der beiden Weltfinanzgipfeltreffen in Washington und London meldete sich mit der G20 eine neue Runde von Entscheidungsträgern für die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Kooperation im Rahmen der Weltwirtschaft an.

Das letzte Gipfeltreffen der G 8 fand im Juli 2009 im vom Erdbeben zerstörten L'Aquila unter Vorsitz Italiens statt. Der Vorbereitung dafür diente im Juni ein Treffen der Finanzminister in der im Süden Italiens gelegenen Stadt Lecce. Den beiden Politikern, Regierungschef Silvio Berlusconi und Finanzminister Giulio Tremonti, hatten bei beiden Zusammenkünften, trotz größter persönlicher Anstrengungen, keinen Erfolg ihre Mitstreiter der G 8 Länder zu einer strikten Regulierung der Finanzmärkte und des Bankensystems zu verpflichten. Es gelang auch nicht, die Vertreter der G 8 auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Weltwirtschaftskrise zu einigen. Dieses Thema wurde von den Finanzministern auf eine Arbeitsgruppe abgeschoben.

Bei diesem letzten Treffen wurden viele politische Spannungen und die Bereitschaft zur Auflösung von G 8 ganz deutlich sichtbar. Angela Merkel war eine der ersten und konsequentesten Befürworter der Auflösung.. Sie betonte, dass die G 8 nicht mehr in der Lage sei, ein

---

<sup>3</sup> ebenda

<sup>4</sup> ebenda S. 8

notwendiges Programm zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise zu erarbeiten und in die Praxis der Weltwirtschaft umzusetzen. Sie nutzte mehrere persönliche Zusammenkünfte mit dem USA-Präsidenten Barack Obama, um ihn wissen zu lassen, dass sie seine Konzepte und vorgesehenen Programme zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise unterstütze.

Diese gleiche Politikerin Angela Merkel bezog noch im Jahre 2007 als Gastgeberin des G 8-Gipfeltreffens in Heiligen Damm die strikte Position der Ablehnung einer Erweiterung des exklusiven Staatenbundes der G 8 durch Schwellenländer. Dazu benutzte sie damals das Argument, dass für die G 8-Staatschefs der Club nicht nur das Gremium der starken Wirtschaftskräfte sei, sondern zugleich auch eine Werte-Gemeinschaft zur Führung in der Welt.

In der Tat war es jedoch keine Rückbesinnung oder das Zurückgreifen auf eine Werte-Gemeinschaft, sondern die normale Kraft des Faktischen der Jahre 2008 und 2009, die sie und die anderen G 8-Staatschefs belehrte, wie dies im durch Martin Ling in seinem Kommentar „Abgewirtschaftete G 8“ treffend festgestellt wird: „Die aktuelle Finanz- und Weltwirtschaftskrise lässt sich nicht ohne die Einbindung gewichtiger Schwellenländer, wie vor allem China, aber auch Indien und Brasilien eindämmen. Für den Klimawandel gilt das ebenso. Die Schwellenländer sind gewissermaßen zu System-relevanten Staaten geworden, ohne die die weltwirtschaftlichen Zerrüttungen nicht zu kitten sind.

Damit sind die G 8 als informelle Weltregierung nach Pittsburgh de facto endgültig Geschichte.“<sup>(5)</sup>

Später in der Erklärung des dritten Gipfeltreffens in Pittsburgh wird festgestellt: „Heute haben die Verantwortlichen zugestimmt, dass die G 20 das erste Forum für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sein werden“ und der US-Finanzminister Timothy Geithner betonte dazu, die fortdauernde weltweite Rezession zwingt die G 8 dazu, sich nach weiteren Partnern umzusehen. Allein schaffe man weder den Weg aus der aktuellen Krise noch, eine ähnliche Situation in der Zukunft zu verhindern. Damit gesteht man ein, dass die USA und Europa als G 8 Führungsmächte nicht mehr in der Lage sind, der Weltwirtschaft verbindliche neue Regeln zu setzen. Die G 20 verwalten die G 8 Konkursmassen.

---

<sup>5</sup> Neuen Deutschland vom 26./27. September 2009 Seite 4

## 2. Zu den drei Weltfinanzgipfeltreffen

Bereits am 15. November 2008 fand in Washington, D.C., das erste Weltfinanzgipfeltreffen der G 20-Ländergruppe statt.

Staatsoberhäupter, Ministerpräsidenten, Finanzminister und Notenbankchefs dieser Länder plus ein Repräsentant der EG und Vertreter von fünf Internationalen Organisationen verabschiedeten eine unverbindliche fünfseitige Abschlusserklärung, in der versprochen wurde, „eine Grundlage für Reformen zu schaffen, die bewirkt, dass eine globale Krise wie die jetzige sich nicht wiederholen kann“. Dafür müssten die Finanzmärkte transparenter, die Aufsicht besser und die Zusammenarbeit zwischen den globalen Akteuren vertieft und erweitert werden.

Es wurden Initiativen in folgenden Richtungen versprochen: Regulierung jener Finanzinstrumente, die auch für den Ausbruch der Immobilienkrise in den USA mitverantwortlich gemacht wurden, Vereinheitlichung von Buchhaltungsgrundsätzen im internationalen Bereich, Kontrolle der Rating-Agenturen an den Börsenplätzen der Welt, Begrenzung von Managergehältern und Gründung neuer Gremien, die es ermöglichen sollen, Fehlentwicklungen früh zu erkennen.

Am 1. und 2. April 2009 fand in London das zweite Weltfinanzgipfeltreffen der G 20-Ländergruppe statt. Zur Vorbereitung des Gipfels trafen sich im südenglischen Horsham alle Finanzminister und Notenbankchefs der G 20-Mitglieder. Dieses Gremium empfahl dem zweiten Gipfel die Behandlung von Rezepten zur Bekämpfung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, weiter eine deutliche Aufstockung der Mittel des Internationalen Währungsfonds, die Beratung und Entscheidung für oder gegen ein weiteres abgestimmtes Konjunkturprogramm.

(Dabei zeigten sich bereits Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten über die Konzepte, mit denen die Weltfinanzkrise bewältigt werden soll, auf die weiter unten eingegangen wird.)

Den acht Schwellenländern China, Brasilien, Indien, Mexiko, der Türkei, Indonesien, Argentinien und Südafrika hat das zweite Gipfeltreffen große Fortschritte für ihre Stellung in der Weltwirtschaft gebracht. Mit Hilfe der bestätigten Reform des Internationalen Währungsfonds sollen aufstrebende Wirtschaftsnationen wie China, Indien und Brasilien mehr Gewicht im IWF erhalten. Der IWF wurde ver-

pflichtet, regelmäßig Berichte über den konkreten Zustand des Finanzmarktes zu erstatten, damit Fehlentwicklungen vermieden werden können. Insgesamt 1,1 Billion Dollar werden Schwellen- und Entwicklungsländern, die von Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffen sind, für ihre Entwicklung aus dem größten Konjunkturpaket der Geschichte durch den Weltwährungsfonds und die Weltbank zur Verfügung gestellt.

Sechs so genannte Kernvereinbarungen sollten auf schärfere Kontrolle der Finanzmärkte und effektivere Aufsicht von Banken und anderen Finanzinstitutionen zielen. Das Bankgeheimnis sollte aufgehoben werden. Eine schwarze Liste soll helfen, Verletzungen gegen die Steuerpflicht aufzudecken, vor allem in den vier Ländern Costa Rica, Malaysia, Uruguay und den Philippinen.

Der Londoner Gipfel diene zwei Zielsetzungen:

1. Möglichkeiten und Notwendigkeiten für gemeinsame Aktionen zur Bekämpfung und Überwindung der seit 2007 in allen Regionen der Weltwirtschaft ausgebrochenen und sich entfaltenden Krisenformen (Immobilien-, Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrisen – Rezessionen) aufzudecken und
2. eine qualitativ neue Ordnung der Finanz- und Weltwirtschaft anzustreben und dafür notwendige Voraussetzungen und Institutionen – einschließlich deren Instrumente – schaffen zu helfen.

In diesem Zusammenhang wurde ein Richtungsstreit bei der Bewältigung der Weltfinanz – und Wirtschaftskrise sichtbar. In diesem Streit, haben sich vor allem zwei deutlich voneinander zu unterscheidende 'Richtungen und Philosophien' herausgebildet – die amerikanische und die europäische. Diese sollen im Folgenden beschrieben werden:

Die amerikanische Richtung bevorzugt vor allem neue Konjunkturprogramme mit Milliarden Dollar Investitionen. Die europäische Richtung, besonders vertreten durch die Deutschen und die Franzosen, die keine neuen Konjunkturprogramme befürworten, verfolgt die Strategie eines so genannten nachhaltigen Wirtschaftens.

Jede Richtung bevorzugt eine bestimmte 'Philosophie'. Wir erfahren dadurch, worin die Vertreter jeder Richtung die letzten Ursachen für Bestehen, Entwicklung und Überwindung der "Wirtschaftskrisen" sehen und welche Denkmodelle jeder Richtung zur Verfügung stehen, um den mit der Kategorie "Krise" verbundenen Erscheinungen in Theorie und Praxis nachzugehen.



Die **europäische Philosophie** fußt auf der Erkenntnis, dass in der Vergangenheit sowohl bei Privatinvestitionen als auch bei staatlichen Finanzinvestitionen ein nur scheinbar vorhandener Überfluss an finanziellen Mitteln zu falschen Anreizen führte, die letztlich die Krisen auslöste, bis hin zu der heute tobenden Weltwirtschaftskrise.

Das sei der eigentlich letzte Grund, warum man sich von der Philosophie des billigen Geldes verabschiedet habe. Dieses Grundverständnis führt auch zu der Skepsis der Europäer, ob massive Geldvermehrung durch die Notenbanken und immer neue, schwere Konjunkturprogramme zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise taugen. Bundeskanzlerin Merkel ging sogar noch einen Schritt weiter, indem sie entsprechende internationale Vereinbarungen forderte. In letzteren sollten sich die Staaten dazu bekennen, ihre öffentlichen Defizite nach der Bewältigung der Krise wieder zu tilgen und damit einer Entwicklung vorzubeugen, die in einigen Jahren zu nächsten Krisen führen könnte. Dies ist ein Bekenntnis zu einem so genannten weltweiten Pakt der Stabilität oder zumindest einer Vereinbarung zur Stabilität.

Mit 80 Milliarden Euro umfassen die Konjunkturprogramme der BRD für die Jahre 2009 und 2010 laut Bundeskanzlerin Merkel rund 4,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die EG stützt die Konjunktur mit rund 400 Milliarden Euro. Auch der EU-Kommissionspräsident Barroso empfahl den EU-Staaten, zunächst die verabschiedeten Programme in die Praxis umzusetzen, bevor man über die nächsten nachdenke und diskutiere. Alles andere schaffe kein Vertrauen.

Seine Einschätzung und Meinung "zum deutschen Problem" begründet der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman in seinem 2008 veröffentlichten Buch "Die neue Weltwirtschaftskrise". Im "Vorwort für die deutsche Ausgabe" geht Paul Krugman von der Tatsache aus, dass die eigentliche Knappheit in der Welt von heute anders sei als die in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, keine Knappheit "der Ressourcen oder gar der Tugend, sondern der Erkenntnisse". Besonders akut scheint diese Knappheit an Erkenntnissen derzeit in der deutschen Regierung zu sein, was nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa ein Problem aufwirft." (6)

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, die in den USA als Immobilienkrise begann und sich zur Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise

---

<sup>6</sup> Paul Krugman „Die neue Weltwirtschaftskrise, Vorwort für die deutsche Ausgabe“ S. 7

entfaltete, hat dieses Mal in der Peripherie Europas ein zweites Epizentrum entwickelt: Die Schwierigkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften Lettlands und in der Ukraine erinnern an die Probleme Argentiniens und des neuen Indonesien. Nimmt man die geplatzten Häuserblasen in den entwickelten europäischen Volkswirtschaften Spaniens und Großbritannien hinzu, "so ist dadurch ein europäischer Konjunkturunbruch entstanden, der durchaus so ernst sein könnte wie der in Amerika. Deutschland ist auch ohne eine Häuserblase nicht immun. Der Export ist merklich zurückgegangen, und unabhängige Forschungsinstitute sagen die schlimmste Rezession seit dem Ende des zweiten Weltkrieges voraus." (7)

Da es in Europa im Unterschied zu den USA keine gemeinsame Regierung gibt, ist die EU darauf angewiesen, ob größere EU-Mitgliedsländer und in erster Linie Deutschland zu koordinierten Anstrengungen bereit sind. Und damit sind wir beim deutschen Problem: Aus unerfindlichen Gründen scheinen, so Krugman, deutsche Spitzenpolitiker wie Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück das ungeheure Ausmaß der Krise sowie die Notwendigkeit einer energischen Reaktion vor allem des Staates einfach nicht zu begreifen. Steinbrück "warf insbesondere Großbritannien vor, einem 'krassen Keynesianismus' zu huldigen. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Keynesianismus...alles andere als krass – er ist der Schlüssel, um die derzeitige Lage zu begreifen und mit ihr fertig zu werden." (8)

Am 27. März 2009 erklärte Steinbrück in Berlin (9), dass die weltweiten staatlichen Hilfen zur Stützung der Wirtschaft große Gefahren in sich bergen würden. Die mit riesigen Schulden finanzierten Konjunkturprogramme könnten die Saat für neue Krisen bilden. Die enorme Liquidität, die in die Märkte gepumpt würde, berge mittelfristig Inflationsgefahren. Zudem drohe eine Verschärfung der weltweiten Ungleichgewichte mit möglichen Folgen für das Währungsgeschehen und den Euro.

Paul Krugman schätzt zusammenfassend ein: "Frau Merkel und ihre Beamten glauben anscheinend noch immer, hier herrschten die normalen Regeln der Wirtschaft, jene Regeln, die dann gültig sind, wenn man mit Geldpolitik noch etwas ausrichten kann. Sie haben nicht beg-

---

<sup>7</sup> ebenda S. 7

<sup>8</sup> ebenda S. 8

<sup>9</sup> Tagesspiegel vom 28.03.2009, S. 15

riffen, dass in Europa genau wie in den Vereinigten Staaten mittlerweile ein Depressionsklima eingezogen ist, in dem die normalen Regeln nicht mehr gelten. Sobald wir wieder normale Verhältnisse haben, werde ich jenen, die wie Herr Steinbrück fiskalische Disziplin predigen, gern die ihnen gebührende Ehre erweisen. Sich jetzt aber an die Orthodoxie zu klammern, ist hochgradig destruktiv – für Deutschland, Europa und die Welt." (10)

(Ein Interview das „Stern“ (Nr. 12/2009) mit Paul Krugmann geführt hat ist am Ende diese Textes zu finden)

Die Begründer, Verfechter und Anhänger **der amerikanischen Richtung und Philosophie**, so beispielsweise die Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman und Joseph Stiglitz, die Politiker Präsident Barack Obama, Finanzminister Timothy Geithner und Notenbankchef Ben Bernanke sowie breite Kreise der ökonomischen Intelligenz gehen davon aus, dass es darauf ankommt, erstens in den theoretischen, politischen sowie praktischen Begründungen und Erklärungen der Krisen (Immobilien-, Banken-, Finanzkrisen und Rezessionen/Wirtschaftskrisen unter drei Prozent Wachstum) sowohl deren Ursachen als auch deren möglichen vielfältigen Folgeerscheinungen aufzudecken und nachzuweisen; zweitens die notwendigen Wege und Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungen der Krisen bis zu ihren Lösungen und ihrer Überwindung konkret aufgezeigt werden müssen und drittens konsequent darauf aufmerksam zu machen, dass die Weltwirtschaft außer Kontrolle geraten ist, und die dafür verantwortlichen ursächlichen Regeln erst noch gefunden werden müssen, um wieder zu normalen Verhältnissen zurückzukehren.

Hierin spiegelt sich auch ein Stück Selbsterkenntnis und Eingeständnis der genannten Ökonomen wieder, dass ihre eigene Vorstellungswelt zur Erklärung der Weltwirtschaft – einschließlich der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise - nicht mehr ausreicht:

Diese Art volkswirtschaftlicher Forschung und Analyse wandte Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman bei der Erarbeitung seines Buches "Die neue Weltwirtschaftskrise" an.

Im Kapitel 10 "Keynes kehrt zurück" würdigte er seinen großen Lehrmeister als den bedeutungsvollsten bürgerlichen Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Zugleich demonstrierte er, wie das System des

---

<sup>10</sup> Paul Krugman „Die neue Weltwirtschaftskrise, Vorwort für die deutsche Ausgabe“ S. 9

Keynesianismus weiterentwickelt und vervollständigt werden muss, um es in Gegenwart und Zukunft erfolgreich in Theorie und Politik anwenden zu können.

Die e u r o p ä i s c h e Richtung und Philosophie sieht die Ursachen für Wirtschaftskrisen und für die Mittel und Methoden zu deren Bekämpfung und Überwindung im "wirtschaftlichen Überfluss an finanziellen Mitteln", verbunden mit "falschen Anreizen für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis", also letzten Endes in der Sphäre des volkswirtschaftlichen Angebotes.

Die a m e r i k a n i s c h e Richtung und Philosophie geht dagegen von "wirkungslos verpufften volkswirtschaftlichen Nachfrage - Situationen" als Ursachen aus, die bei hoher Verantwortung des Staates mit Mitteln und Instrumenten der Wirtschaftspolitik bekämpft und besiegt werden können. Bei Paul Krugman dazu: "Erneut also drängt die Frage ins Zentrum der Überlegungen, wie sich genügend Nachfrage erzeugen lässt, damit die vorhandene volkswirtschaftliche Produktionskapazität genutzt werden kann. Anders ausgedrückt: Eine Nachfrage orientierte Wirtschaftspolitik ist wieder gefragt." (11)

Bei Eintritt des Ernstfalles braucht nach Überzeugung der amerikanischen Richtung/Philosophie die Volkswirtschaft eine Rettungsaktion mit zwei Zielsetzungen: Die Kredite müssen wieder zum Laufen gebracht werden und die volkswirtschaftliche Nachfrage muss gestärkt werden. Die erstgenannte Aufgabe ist die schwierigere, aber die muss erledigt werden, möglichst rasch. Hinter der Kreditverknappung stecken gesunkenes Vertrauen in die vorhandenen Finanzinstitutionen und deren dezimierte Kapitaldecke.

Alle möglichen Maßnahmen sollten ohne jegliche ideologische Scheuklappen angegangen und realisiert werden, immer eingedenk der Globalisierung in der Weltwirtschaft und der Tatsache, dass sowohl die Industrieländer und auch die Entwicklungsländer von der heutigen Weltwirtschaftskrise erfasst sind. Wir haben es mit einer sich vertiefenden globalen Rezession zu tun.

Am Vorabend des Londoner Gipfeltreffens der G 20 Gruppe hat der US-amerikanische Ökonom James K. Galbraith, Professor an der University of Texas, eine bemerkenswerte Einschätzung der "Widersprüche" und "tiefen Gegensätze" zwischen Europa und den USA

---

<sup>11</sup> Paul Krugman „Die neue Weltwirtschaftskrise S. 241)

gegeben. Sie lautet folgendermaßen:

"Die Europäer zeigen sich unwillig, vergleichbare Schritte zu gehen, wie wir hier. Aus weltwirtschaftlicher Perspektive wäre es wünschenswert, wenn sie ein langfristiges Konjunktur-Paket beschließen würden, das Probleme angeht, die für den Kontinent typisch sind. Nehmen Sie die chronische Arbeitslosigkeit oder das Ungleichgewicht zwischen West- und Mitteleuropa .. Es ist tragisch, wie sich die deutsche Regierung bei den Themen Defizite und Schulden auf die alten Doktrinen eingelassen hat, die in den Vereinigten Staaten der frühen 30er Jahre populär waren.

Wir haben auf beiden Seiten des Atlantiks einen großen Zusammenbruch des Finanzsystems erlebt. Kredite fließen nicht mehr. Der öffentliche Sektor muss aktiv werden, um den weiteren Verfall der Volkswirtschaft aufzuhalten. Es gibt genügend Möglichkeiten, dies zu tun. Sie haben eine allgemeine Krankenversicherung, die in den USA fehlt. Dafür geben wir etwa zwei Mal so viel für unsere Universitäten aus. Warum verdoppeln die Europäer nicht zum Beispiel ihre Investitionen in Bildung? Die USA haben sich nun mindestens im Prinzip voll einer Reform der Finanzmarktaufsicht verpflichtet. Es gibt Bereiche, die international geregelt werden müssen, wie der Kampf gegen Steuerparadiese und Scheinunternehmungen. Da lassen sich konkrete Fortschritte feststellen. Es reicht aber nicht aus, einfach einen neuen ordnungspolitischen Rahmen zu schaffen. Wir haben ein System das grundlegend versagt hat und mit dessen Folgen wir uns nun auseinandersetzen müssen ... Der kürzlich vorgestellte Plan Geithners, die Faulen Kredite in den Bilanzen der Banken an privat-öffentliche Gemeinschaftsunternehmen auszulagern, wird nicht funktionieren. Er geht von der falschen Annahme aus, diese Papiere könnten bei einer Erholung der Wirtschaft wieder an Wert gewinnen. Das glaube ich nicht. Tatsächlich übertragen die Banken die Verluste an die Bankenversicherung (FDIC) und damit am Ende an den Steuerzahler. Die Verantwortlichen dieser Fiaskos werden nicht zur Verantwortung gezogen ... Das Gesetz sieht ein Verfahren vor, wenn Banken insolvent sind. Die FDIC übernimmt die entsprechenden Institute, installiert ein neues Management, garantiert die Einlagen, prüft die Bücher und rekonstruiert die Banken, fusioniert sie mit anderen Häusern oder schließt sie. Das wäre das richtige Vorgehen." (12)

---

<sup>12</sup> Berliner Zeitung vom 31. März 2009, S. 15

Zur Idee einer Einführung eines Frühwarnsystems in der Finanzbranche betont Galbraith: "Ich habe kürzlich im Kongress darauf hingewiesen, dass es genügend Stimmen gab, die vor der jetzigen Krise gewarnt hatten. Leider fanden diese Leute kein Gehör. Es machte deshalb großen Sinn, einen Rahmen zu schaffen, in dem ein breiteres Spektrum an ökonomischen Meinungen gehört wird. Gruppendenken ist das Problem, frischer Wind die Lösung."

Steckt die marktwirtschaftliche Ordnung insgesamt in einer Krise? Galbraith: "Absolut. Seit den frühen 30er Jahren hat dieses System keine ernsthaften Herausforderungen gesehen. Diese Krise ist noch lange nicht vorüber und speist sich aus der Globalisierung. Selbst wenn die USA die finanziellen Mittel haben, Probleme selbst anzugehen, bleiben sie eng mit der Weltwirtschaft verknüpft."

Am 24. und 25. September 2009 fand in **Pittsburgh das dritte Weltfinanzgipfeltreffen der G 20-Ländergruppe** statt.

Mit diesem Treffen ist Auflösung von G 8 und die Übernahme der Führung durch die G 20.entsgültig besiegelt

Die Auswahl des Ortes für das dritte Gipfeltreffen durch Präsident Obama, sollte offensichtlich ein Signal sein. Pittsburgh wird in den USA zusammen mit New York und San Francisco als eine der attraktivsten Großstädte eingeschätzt, und zwar aus mehreren Gründen. Die Stadt Pittsburgh war - bis zum Niedergang der Stahlindustrie in den 70er Jahren - die einstige Metropole der Stahl- und Kohleproduktion der USA. Sie wurde durch Investitionen in Wissenschaft und Technologie in eine moderne Industriestadt umgestaltet. Unternehmen für Produkte der Hochtechnologie und Firmen für Umwelttechnik sind mit ihren Hauptquartieren in Pittsburgh ansässig. Sie bestimmen die Struktur sowohl der Stadt als auch des Bundesstaates Pennsylvania, der zu den so genannten 10 Megastaaten der USA gehört, die, unter welchen Gesichtspunkten auch immer, beispielsweise des Anteils der Industrieproduktion, des Anteils an persönlichen Einkommen, des Niveaus an Arbeitslosigkeit oder der Höhe von Zuschüssen aus zentralen und regionalen Haushalten dominieren und Spitzenstellungen einnehmen. Und dazu kommt schließlich noch, dass Pittsburgh auch eine ehrwürdige Universitätsstadt ist mit beeindruckenden Einrichtungen, Wohnsiedlungen für Lehrkörper und Studenten, Krankenhäusern, Hotels und Kirchen – fast wie eine selbständige, immer pulsierende Stadt der Wissenschaften und Technik.

Ich habe als erster Botschafter der DDR in den USA von 1974 bis 1978 den stürmischen Prozess der Neustrukturierung von Pittsburgh und Minnesota in der Praxis beobachten können. Wir entschieden uns für den Auf- und Ausbau von Kontakten und beiderseits vorteilhafter Beziehungen auf den Gebieten Politik, Ökonomie, besonders dem Außenhandel, sowie Wissenschaft und Technik mit beiden in der Tat attraktiven Städten und Regionen. Bei den mehrmaligen Besuchen und Einladungen durch die Präsidenten von Konzernen der Hochtechnologie wie Rockwell International und Control Data habe ich viel kennen gelernt, aber auch selbst zu den guten Ergebnissen unserer Zusammenarbeit beigetragen, woran ich mich gern erinnere.

- **Zur Vorbereitung des dritten Gipfeltreffens**

Bereits in Vorbereitungen des September-Gipfels äußerten sich eine ganze Reihe von Teilnehmerstaaten zu den von ihnen bevorzugten Formen und Methoden der Bekämpfung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und gaben Antworten auf die Frage, wie man verhindern kann, dass es noch einmal zu einer Weltwirtschaftskrise kommt.

Vergleicht man diese miteinander, gibt es zwar viele Übereinstimmungen, aber auch Abweichungen und Gegensätze.

Drei Beispiele, nämlich die USA, die Volksrepublik China und die Stellungnahme der EG, sollen hervorgehoben werden.

- \* USA-Präsident Barack Obama wandte sich als Gastgeber an alle Teilnehmer mit einer „Zentralen Botschaft“, die als Beitrag der USA-Delegation mit folgendem Inhalt zu bewerten ist: Mit der Umsetzung der Beschlüsse des zweiten Gipfeltreffens haben alle Delegationen durch ihre gemeinsamen Aktivitäten bedeutsame Resultate zur Stabilisierung der Weltfinanzsysteme erreicht, nunmehr müsse zügig Kurs genommen werden auf einen effektiven Konsens mit Blick auf einen „grundlegenden Rahmen“ für alle weiteren Zielsetzungen. Die Konjunkturprogramme dürften von keinem Teilnehmer gestoppt werden, sondern müssten zur Befriedigung der noch steigenden Bedürfnisse nach volkswirtschaftlichem Wachstum bereichert und die Mittel bei Notwendigkeit erhöht werden. Nur in diesem Falle käme es zu echten, praxisnahen und lang wirkenden Wandlungen in der globalen Weltwirtschaftsordnung. Es müsse ein noch größeres Gleichgewicht zwischen den Volkswirtschaften erreicht werden.

Wirtschaftsminister Timothy Geithner forderte für all diese Zielsetzungen, die Festlegung konkreter und verpflichtender Termine für die Umsetzung in die Praxis zu sichern und tief gehende Reformen zu ermöglichen.

\* Der Präsident der Volksrepublik China, Hu Jintao, orientierte - angesichts der immensen, weltweiten Herausforderungen – die Vorbereitungen seines Landes auf zwei Hauptrichtungen (Vorgestellt auf Pressekonferenzen, in Arbeitspapieren usw.):

1. Zielgerichtete Gestaltung der Gipfel zu einer effektiven Plattform für gemeinsame weltpolitische Entscheidungen und Antworten auf die endgültige Lösung der Weltwirtschaftskrise und den sich weiter entfaltenden weitreichenden Reformzwang, Stärkung der Rolle und Funktion der Schwellen- und Entwicklungsländer in den Internationalen Organisationen, einschließlich der zu verändernden Verteilung der Stimmrechte, Ablösung der G 8 als informelle Weltregierung.

2. Die Weiterführung der Anfang 2009 im Dialog zwischen den USA und China getroffenen Einschätzung der gegenseitigen Beziehungen und zur Entwicklung der Weltwirtschaft.

In einer zweitägigen Zusammenkunft einer chinesischen Delegation von über Hundert chinesischen Experten unter Führung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Wang Qishay mit einer USA-Delegation unter der gemeinsamen Leitung von Außenministerin Hillary Clinton und Finanzminister Timothy Geithner war eingeschätzt worden: Die bisher zwischen beiden Ländern stattgefundenen Konsultationen und Dialoge waren gründlich, offen, direkt und extrem nützlich. Jetzt sei die Zeit reif für einen umfassenden politisch-strategischen Dialog über Grundfragen der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik beider Länder. Dazu gehören auch die zu diskutierenden Maßnahmen für die endgültige Überwindung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise und für die künftige Gestaltung der Weltordnung. Dieser erste politisch-strategische Dialog wird inzwischen als "amerikanisch-chinesischer G 2-Gipfel" von geschichtlicher Bedeutung bezeichnet; denn er verabschiedete einstimmig die mit beiden Präsidenten abgestimmte Losung für gemeinsame Aktionen beider Länder für das gesamte 21. Jahrhundert: Immer Kooperation und nie wieder Konfrontation sollen als feste



und effektive Grundlage für alle kommenden politisch-strategischen Dialoge dienen.

**Dazu ist eine Anmerkung notwendig:**

Diese beschworene Kooperation ist auf handfesten ökonomischen Tatsachen, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben, gegründet. China hat 2008 gegenüber den USA einen Exportüberschuss von 264 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet und hält in seinen Devisenreserven (2 Billionen Dollar) US-Staatsanleihen im Volumen von 800 Milliarden Dollar. China finanziert praktisch das Staatsdefizit der USA, worauf diese nicht verzichten können und ist seinerseits an den USA als seinen wichtigsten Absatzmarkt auf absehbare Zeit gebunden.

• **Zur Vorbereitung der EU auf das 3. Gipfeltreffen der G 20-Ländergruppe**

Am 17. September 2009 fand in Brüssel für Vertreter aller 27 Mitglieder der EG ein so genannter informeller EU-Gipfel zur Vorbereitung von Pittsburgh statt. Das Ziel bestand darin, über die EU-Vorhaben zu informieren und vor allem kleineren Mitgliedsländern, die nicht am Tisch in Pittsburgh sitzen können, die Möglichkeit zum Mitreden zu verschaffen.

Man einigte sich auf folgende gemeinsame Positionen: Boni – In Pittsburgh sollten nach dem Willen der EU Maßnahmen gegen übermäßig hohe Bonuszahlungen an Banken beschlossen werden. Die Sonderzahlungen sollen sich am langfristigen Erfolg orientieren und bei schlechter Entwicklung einer Bank ganz gestrichen werden. Eigenkapitalregeln – 'Systemrelevante' Banken sollen risikoreiche Geschäfte mit mehr eigenem Geld absichern. Es sollen auch einheitliche rechtliche Regeln bei der Abwicklung solcher Banken durchgesetzt werden. Haushaltsdefizite – Die G 20 soll eine Strategie zum staatlichen Schuldenabbau vereinbaren. Klimaschutz – Alle Staaten außer den ärmsten zahlen für den Klimaschutz. 2020 werden in Entwicklungsländern bis zu 100 Milliarden Euro benötigt.

Hitzige Bonusdebatten lösten die Vorschläge von Deutschland und Frankreich zur Problematik „der Begrenzung der Exzesse“ aus. Präsident Sarkozy drohte, den Gipfel vorzeitig zu verlassen, wenn es keine Bonus-Grenzen gebe. Merkel und Sarkozy wollen Bonuszahlungen für Spitzenbanker international begrenzen und die Risikobereitschaft

von Großbanken eindämmen. Die umfangreichen Boni werden für die Weltfinanzkrise mitverantwortlich gemacht, weil viele Manager ihrerwegen hohe Risiken eingingen. Frau Merkel informierte, dass sie dem Pittsburgh-Gipfel die Einführung einer weltweiten Finanzmarktsteuer vorschlagen werde. Banken als Verursacher der Krise müssten stärker an den Milliardenkosten beteiligt werden. Es kam zu all den genannten Problemen zu keinem einheitlichen Standpunkt.

- **Zu den Ergebnissen des dritten Weltfinanzgipfeltreffens**

Am Ende des Gipfels, dem 25. September 2009, verabschiedeten alle Delegationen der Mitglieder der G 20-Ländergruppe eine 50 Punkte umfassende Abschlusserklärung mit einem zweiteiligen Anhang „Grundwerte für eine nachhaltige Wirtschaftstätigkeit“ und „Rahmen für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“.

In Pittsburgh nahmen außerdem die Ministerpräsidenten der Niederlande, Spaniens, Schwedens (als EU-Ratspräsident), Singapurs (als Apec-Vorsitzender), Thailands (für die Asean) sowie Äthiopiens (für Nepad) teil. Des weiteren waren vertreten: die UNO, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, das Financial Stability Board, die EU-Kommission, die Kommission der Afrikanischen Union, die Internationale Arbeitsorganisation, die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Welthandelsorganisation.

Im Punkt 50 der Abschlusserklärung wird der weitere Weg nach Pittsburgh folgendermaßen vorgestellt: „Heute haben wir die G 20 als das wichtigste Forum für unsere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit bestimmt. Wir haben unsere Mitglieder aufgefordert, in der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten und Empfehlungen vorzulegen, wie die Wirksamkeit unserer Zusammenarbeit maximiert werden kann. Wir einigten uns darauf, die nächsten G 20-Treffen im Juni 2010 in Kanada und im November 2010 in Südkorea durchzuführen. Danach sollen die Zusammenkünfte jährlich stattfinden, 2011 in Frankreich.“

Die Staats- und Regierungschefs der G 20 haben sich zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzordnung, der Kontrollfunktion gegenüber den Banken und zur Nutzung modernster Technik für Voraussagen und

zur Korrektur von Fehlentscheidungen und Fehlleistungen auf folgende Empfehlungen geeinigt:

\* Zur Bonusproblematik

Die Banker sollen in Zukunft kleinere Boni erhalten als bisher. Aufsichtsbehörden sollen künftig bei maßlosen Bonuszahlungen eingreifen können, indem sie zusätzliche Eigenkapitalanforderungen stellen. Auch sollen Managervergütungen in ein bestimmtes Verhältnis zu Umsatz oder Gewinn gesetzt werden.

Bis Ende des Jahres soll jedes Land eigene Regeln für die Entlohnung der Banker aufstellen. Die Einhaltung der nationalen Regeln soll dann von einem internationalen Gremium überwacht werden. Die von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene Einführung von Obergrenzen für Bonusleistungen wurde nicht angenommen.

\* Banken brauchen mehr Eigenkapital

Bis 2012 sollen in diesem Sinne Vorschläge für neue Vorhaben für das Eigenkapital von Finanzinstituten ausgearbeitet und dann eingeführt werden. So soll verhindert werden, dass große insolvente Banken abermals die Staaten zu teuren Rettungsaktionen zwingen können.

Die USA haben die Absicht bekundet sich dem Basel-II-Abkommen anzuschließen, das in Deutschland und anderen europäischen Ländern seit Anfang 2007 gilt. Der Ausschuss für Bankenaufsicht hatte das Abkommen Ende 2004 verabschiedet. Es soll die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Finanzsystems stärken und Risiken besser erfassen. Es führte allerdings auch dazu, dass für die Kreditvergabe strengere Regeln gelten. Dadurch entstehende Einschränkungen in der Kreditvergabe werden gerade in Deutschland von vielen Wirtschaftsverbänden und Unternehmen kritisiert.

\* Der Welthandel soll fairer werden

Solch ein Beschluss fehlte auch bei den G 8 nie. Nun wird erneut die Forderung nach einem liberaleren Welthandel, die Weltkonjunktur zu beleben, erhoben. Es ist beabsichtigt Anfang 2010 die Welthandelsgespräche (Doha-Runde) abschließen.

Umstritten ist, wie stark Agrar- und Industriezölle sowie Subventionen für die Landwirtschaft abgebaut werden sollen, womit Widersprüche vorprogrammiert sind.

G 20-Mitglieder mit „nachhaltigen und bedeutsamen Überschüssen im Außenhandel“ sollen sich verpflichten, die Binnennachfrage anzukurbeln. Zu dieser Gruppe zählen unter anderen Deutschland und China. Länder mit einem ausgeprägten Handelsdefizit hingegen, sollen „die private Sparquote fördern und den Haushalt konsolidieren“. Davon wären zum Beispiel die USA betroffen.

Ebenfalls bis 2011 sollen die US-amerikanischen Finanzierungsregeln an die strengeren europäischen Bestimmungen zu dieser Frage angeglichen werden.

\* Regierungen stützen die Konjunktur

Wegen des Einbruchs der Weltwirtschaft haben die Regierungen bislang Stützungsprogramme im Volumen von rund 3,5 Billionen Euro aufgelegt. Die G 20 haben vereinbart, aus den Hilfen erst auszusteigen, wenn ein nachhaltiger Aufschwung gesichert ist. Beim Abbau der Hilfen wollen sie dann zusammenarbeiten. Was das für Deutschland heißt, ist noch offen.

\* IWF öffnet sich für arme Länder

Schwellenländer sollen im Internationalen Währungsfonds (IWF) ein stärkeres Mitspracherecht erhalten. Die Stimmrechte sollen um fünf Prozentpunkte zugunsten der bisher unterrepräsentierten Länder verschoben werden womit allerdings die Sperrminorität der USA nicht berührt wird. Davon profitieren vor allem China und Indien. Die europäischen Mitglieder des IWF müssen dafür auf Stimmrechte verzichten. Konkrete Festlegungen gibt es dazu noch nicht.

\* Aufgeschobene Probleme

Die von Deutschland angeregte weltweite Steuer auf alle Arten von Börsengeschäften konnte nicht durchgesetzt werden.

Neue Maßnahmen zum Klimaschutz zu beschließen, wurde von einigen G 20-Ländern definitiv abgelehnt.

Der Gipfel in Pittsburgh wurde - wie alle vorangegangenen Gipfel der Mächtigen dieser Welt – **von öffentlichen Protesten, friedlichen Demonstrationen** von Attac, Greenpeace und anderen gesellschaftlichen Organisationen begleitet, gegen die sich Absperrungen, Ausnahmezustände und brutaler Einsatz umfangreicher Polizei richtete.

## • **Kritiken an den Ergebnissen von Pittsburgh**

Eine Analyse der Ergebnisse dieses Gipfels zeigt, dass sie weit hinter den gegenwärtigen Erfordernissen zur Bewältigung der weltweiten Finanz – und Wirtschaftskrise zurückbleiben, den in ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprechen.

Das ist auch berechtigterweise der Grundtenor der Kritik von Politikern, linken Parteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, insbesondere von „Attac“, Umwelt- und Klimaschutzexperten, insbesondere von Greenpeace u. a.

Vielfach wird betont, dass diese Krise eine Systemkrise und entsprechend auch Lösungen gebraucht werden, die das System verändern. In der Finanzwirtschaft dürfe es zukünftig keine „Gebilde“ geben, die sich der neuen staatlichen Regulierung entziehen können.

Selbst Bundespräsident Köhler musste eingestehen, dass die Reaktion des G-20-Gipfels von Pittsburgh auf die Weltfinanzkrise unzureichend sei, neue Gefahren drohten. Das „Monster“ sei noch nicht gezähmt. Die G20 müssten dafür Sorge tragen, dass die Finanzwirtschaft wieder in den Dienst der Realwirtschaft gestellt wird und den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit folgt, fordert das SÜDWIND Institut.<sup>(13)</sup> Die Interessen der ärmsten Länder müssten dabei angemessen vertreten sein. Das Institut plädiert für die Einführung eines Weltwirtschaftsrates unter dem Dach der Vereinten Nationen anstelle von Verhandlungsclubs führender Wirtschaftsnationen.

In diesem Zusammenhang stehen auch kritische Reaktionen auf die vorgesehenen strukturellen Änderungen bei IWF und Weltbank mit denen darauf verwiesen wird, dass die USA mit ihrer Sperrminorität in beiden Institutionen letztlich bestimmen, was auf die Tagesordnung komme und was nicht. In den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens würden IWF und Weltbank von breiten Bevölkerungsschichten, zivilgesellschaftlichen Gruppen und zahlreichen Regierungen wegen ihrer Kreditkonditionalitäten immer noch als Unterdrücker und Ausbeuter gesehen.

Die Armutsbekämpfung kam in Pittsburgh viel zu kurz weg. Kritiker dieser Tatsache hoffen, dass es im Jahre 2010 auf den nächsten Gipfeltreffen in Kanada und Südkorea nicht bei den noch vorzufindenden begrenzten Aufgabenbeschreibungen bleibt. Schließlich drohe nach

---

<sup>13</sup> SÜDWIND e.V. Institut für Ökonomie und Ökumene

Weltbank-Angaben bis Ende 2010 89 Millionen Menschen mehr – unter anderem als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise – in die extreme Armut abrutscht. Zudem hinkten laut UN die reichen Gebernationen ihren Versprechen zur Entwicklungsfinanzierung mit 34,7 Milliarden US-Dollar hinterher.

Eine ernste Kritik an den Ergebnissen des Gipfels besteht darin, dass der dritte G 20 – Gipfel in Pittsburgh praktisch die Weltklima- Probleme definitiv ausgeklammert hat.

Zum Abschluss der kritischen Betrachtung der Ergebnisse des G-20 Gipfel in Pittsburgh soll ein Auszug aus einer Reflexion Fidel Castros erwähnt werden: „Die Idee von einer kapitalistischen Entwicklung ohne Krise ist die große Illusion die die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten den Schwellenländern, die an der G-20 teilnehmen versuchen zu verkaufen.“ (14)

Fast alle Länder der Dritten Welt, die nicht zu den Alliierten der Vereinigten Staaten gehören, beobachten wie dieses Land Papiergeld, das auf der ganzen Welt als konvertierbare Devisen im Umlauf ist, ohne Goldreserve druckt, Aktien und Firmen, natürliche Ressourcen, Mobilien und Immobilien sowie Staatsschuldverschreibungen kauft, seine Produkte schützt, anderen Länder ihre beste Gehirne entzieht, und seinen Gesetzen exterritorialen Charakter verleiht. Dazu kann man, die überwältigende Macht seiner Waffen und das Monopol über die Haupt-Massenmedien hinzufügen

Kritische Beobachter und Analytiker der außenpolitischen und staatsmännischen Handlungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Gipfeltreffen in Pittsburgh und in Brüssel gelangten zu dem Schluss, dass sie ganz offensichtlich gern selbst das Machtzentrum der EU in Brüssel führend vertreten würde, aber sie hat in dem seit fünf Jahren an der Spitze stehenden Kommissar, dem portugiesischen Politiker Jose Manuel Barosso einen ergebenen Helfer, der nicht zuletzt dank ihres persönlichen Einsatzes in den kommenden fünf Jahren die Funktion weiter ausüben könnte. Dazu kommt, dass er die Unterstützung der EU-Schergewichte Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien besitzt. Angela Merkel wisse genau, dass ihr Barosso zu ewi-

---

<sup>14</sup> „Pittsburgh und das Gipfeltreffen von Margarita“, Reflexion Fidel Castro vom 27. September 2009, Originaltexte in Granma, Parteiorgan der Kommunistischen Partei Kubas

gem Dank verpflichtet ist. Er ist aus ihrer Sicht ideal geeignet, wenn es darum geht, die Interessen der deutschen Industrie durchzusetzen

- **Über die Kosten der Finanzkrise**

Am 1. Oktober 2009 veröffentlichte Stephan Kaufmann in der Berliner Zeitung einen Artikel mit der Überschrift „Die Kosten der Finanzkrise“. Darin wird dargelegt:

Im April 2008 schätzte der IWF die zu erwartenden Gesamtverluste des Geldgewerbes durch die Finanzkrise auf insgesamt 945 Milliarden Dollar, ein halbes Jahr später erhöhten sich die Verluste des Fonds auf 1 400 Milliarden Dollar und im Frühjahr 2009 sogar auf ü 4 000 Milliarden Dollar. Seitdem jedoch hat sich die globale Konjunktur gefestigt, die Staaten sind den Banken mit Unterstützungen beigesprungen, an den Finanzmärkten geht es wieder aufwärts. Der IWF hat daher in seinem neuesten Finanzstabilitätsreport seine Prognose wieder etwas gesenkt: Zwischen 2007 und 2010 werde sich das Minus von Banken, Brokern, Fonds und Versicherungen auf 3 400 Milliarden Dollar (2 300 Milliarden Euro) belaufen – das ist immerhin soviel wie die jährliche Wirtschaftsleistung Italiens, Schwedens, Österreichs und Rumäniens zusammen. So viel zur Höhe.

Was die Einflussfaktoren betrifft, so konzentriert sich Stephan Kaufmann ganz auf die Schuldenproblematik. Im Kampf gegen die Krise haben sich die Staaten hoch verschuldet. Damit sind Milliardenrisiken vom Privatsektor auf den Staat übergegangen. Nun sitzen die Regierungen auf riesigen Schuldenbergen, die weiter wachsen: Die Regierungen der USA, Großbritanniens, Japans und der Euro-Zone übernahmen zwischen 2002 und 2007 jährlich Schuldscheine über 1 000 Milliarden Dollar. Diese Summe verdoppelte sich im Jahre 2008. Laut IWF wird sie sich 2009 verdreifachen. Der riesige staatliche Kapitalbedarf dürfte die Zinsen steigen lassen, was die Konjunktur weiter schwächt.

Fazit der Analyse von Stephan Kaufmann: Auch wenn der Bankensektor dem Abgrund entronnen ist und die Konjunktur wieder anspringt – die Nachwehen der großen Kreditblase werden Staaten und Steuerzahler noch lange schmerzen.

## Zur Bewegung des Bruttoinlandprodukts (BIP) der G-20-Ländergruppe –

<b>Land</b>	<b>Bevölkerung 2008 in Mio.</b>	<b>BIP 2008 in Mrd. US-\$</b>	<b>Konjunkturpaket in % des BIP</b>	<b>Gesamtverschuldung 2008 in % des BIP</b>	<b>Arbeitslosenquote 2008 in %</b>
USA	298,20	14.334	2,00	71,7	5,8
EU*	229,70	6.876	0,00	0,0	0,0
Japan	128,10	4.844	1,40	172,1	4,2
China	1.315,80	4.222	3,20	44,4	7,5
BRD	82,00	3.818	1,50	69,0	7,5
Frankreich	60,50	2.978	0,70	76,1	7,4
Großbritannien	59,70	2.787	1,40	57,0	5,3
Italien	58,10	2.399	0,20	114,5	6,7
Russland	143,20	1.779	2,30	5,1	6,3
Brasilien	186,40	1.665	0,40	58,6	7,9
Kanada	32,30	1.564	1,50	68,4	6,1
Indien	1.103,40	1.237	0,60	62,8	3,1
Mexiko	107,00	1.143	1,50	24,1	3,5
Australien	20,20	1.069	2,10	14,2	4,2
Südkorea	47,80	953	2,30	25,2	3,2
Türkei	73,20	799	0,00	39,5	11,0
Saudi Arabien	24,60	528	3,30	13,1	5,0
Indonesien	222,80	497	1,30	32,7	8,4
Argentinien	38,70	339	1,30	53,8	7,9
Südafrika	47,40	300	1,80	27,0	22,9

\* EU ohne Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien  
 Quellen: Berliner Zeitung vom 1. und 2. April 2009 sowie FAZ.NET  
 vom 25.07.2009

Die G 20-Ländergruppe hat sich in Pittsburgh als wichtigstes „Forum für unsere wirtschaftliche Kooperation“ für Fortschritte in der Welt definiert. Nimmt man die Ergebnisse, so ist der Weg zu einer grundlegenden Reform des Weltfinanzsystems und zu konkreten Vereinbarungen zur Abwendung der schlimmsten Folgen des



Klimawandels, wie sie von der Zivilgesellschaft gefordert und erwartet wurden noch weit.

Eine erste Bewährungsprobe für die neue Qualität der Kooperation im globalen Maßstab wird die für Dezember 2009 einberufene UN-Klimakonferenz sein. Schließlich geht es um das Verhalten der Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zum Klimawandel, das von gleichgroßer weltweiter Bedeutung wie der Kampf gegen die Weltwirtschaftskrise ist.

Schon bei den nächsten Gipfeltreffen in Kanada und Südkorea im Jahre 2010 dürfte sich die Agenda ausweiten. 'Global-governance' hieß das passende Stichwort in Pittsburgh – Weltregierung könnte man das frei übersetzen, aber vielleicht ist die Betonung auf „erweiterter Kreis der Exklusiventscheider“ doch passender und präziser.

**Das erste hochrangige Treffen nach dem Gipfel von Pittsburgh** war die Zusammenkunft der Finanzminister und Notenbankchefs der G-20 Ländergruppe im schottischen St. Andrews am 7./8. November 2009.

Einen Monat vor dem UNO-Weltklimagipfel in Kopenhagen gab es für diese Konferenz die Zielstellung für folgende Fragen Kompromisse zu finden:

1. Bindende Finanzausgaben aller G-20 Mitgliedsstaaten für den Klimaschutz.
2. Erreichung eines gemeinsamen Standpunktes über die Kosten eines Klimaschutzpakets.

Beides gelang nicht. Das Treffen blieb ohne Zusage von konkreten Klimahilfen.

Zivilgesellschaftliche Umweltschutzverbände unterzogen diese Tatsache einer scharfen Kritik. Sie warfen den Finanzministern vor, ihrer Rhetorik keine Taten folgen zu lassen.

Großbritanniens Ministerpräsident Gordon Brown, der die Teilnehmer der Konferenz herzlich begrüßte, nutzte die Gelegenheit, den Vorschlag für eine globale Steuer auf Finanztransaktionen zu unterbreiten. (Eine Steuer, die wesentlich zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen könnte und bereits in Vorbereitung auf Pittsburgh diskutiert wurde.)

Die Minister der USA und Kanadas sowie der Vertreter des IWF reagierten zurückhaltend bis schroff zurückweisend. US-Finanzminister Timothy Geithner lehnte den Vorstoß rund heraus ab: „Das ist nichts, zu dessen Unterstützung wir bereit wären.“ Kanadas Finanzminister Jim Flanerty betonte: „Wir erhöhen keine Steuern, wir senken sie bei uns.“ Auch der Chef des Internationalen Währungsfonds, Dominique Straus-Kahn räumte dem Projekt keine Chance auf Erfolg ein.

In diesem Zusammenhang sei an den US-amerikanischen Ökonomen James Tobin (1918 – 2002) erinnert. Er hatte die Idee begründet, dass die Erhebung einer speziellen Steuer auf Devisengeschäfte als Präventivmittel zu nutzen ist. Um Wechselkursschwankungen einzudämmen. Als er 1981 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen bekam, würdigte das Preiskomitee Tobins „Analyse der Finanzmärkte und deren Auswirkungen auf Ausgabenbeschlüsse und damit auf Beschäftigung, Produktion und Preisentwicklung“. Bekannt wurde er durch seine rechtzeitigen Warnungen vor der Instabilität liberalisierter Finanzmärkte. Kurzfristige Spekulationsgeschäfte würden Gefahren mit sich bringen. Im Extremfall können ganze Volkswirtschaften lahm gelegt werden.

Die Idee von der Tobin -Tax beeinflusst heute noch und sicher auch in der Zukunft viele Globalisierungsgegner, mobilisiert sie zu Widerstandsaktionen. Europaweit könnte die Tobin- Tax durchaus konsensfähig werden (siehe Initiative Gordon Brown) als ein wesentlicher Schritt, auf absehbare Zeit auch beim wichtigsten des Finanzkasinos, den USA zu brechen.

### **3. Einige Betrachtungen zur Zukunft des Gipfelprozesses.**

Die gegenwärtigen Entwicklungen lassen den Schluss zu, dass die Hoffnungen auf eine multipolare Welt, die nicht von den Interessen einer Supermacht diktiert wird, wachsen. Gewiss hat auch das politische Konzept, mit dem Präsident Obama zur Lösung internationaler Probleme angetreten ist, dazu beigetragen.

Drei weltpolitisch bedeutsame Prozesse, die zeigen, dass es neben dem G-20 Gipfel weitere, differenzierte, internationale Verbindungen für die Lösung politischer und ökonomischer Probleme gibt, sollen hervorgehoben werden.

Auf die neuen Tendenzen in der Entwicklung der **Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China** wurde bereits hinge-

wiesen - auch auf die Versicherung der Repräsentanten beider Länder in Pittsburgh, dass Kooperationsbeziehungen im 21. Jahrhundert bestimmt werden.

Für die USA hat das eine wichtige geopolitische Dimension. Die Volksrepublik China hat mit gewachsener Wirtschaftskraft seinen Einfluss in Asien aber auch in Afrika beträchtlich ausgebaut. Im Kampf gegen die verheerenden Folgen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise hat China als eine verlässliche ökonomische Wachstumskraft vielen seiner Nachbarn Unterstützung und Hilfe gewährt. Es fördert Wirtschaftskooperation – und das ist bemerkenswert – ohne auf politische Vorbedingungen zu bestehen. 166 Freihandelsabkommen sind in der Region bereits abgeschlossen worden und über weitere 62 wird gegenwärtig noch verhandelt. In Asien verflochten sich Volkswirtschaften und Unternehmen immer mehr. Die Volksrepublik China ist außerordentlich aktiv an diesem Prozess beteiligt während westliche Industrieländer eine immer geringere Rolle spielen.

Der Präsident der USA und seine Regierung tragen dieser Entwicklung – und vor allem den ökonomischen Tatsachen – durch Intensivierung der bilateralen Beziehungen Rechnung. Globale Probleme wie Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise, Terrorbekämpfung, Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Energiesicherung, Umweltschutz und Klimaveränderung stehen dabei im Vordergrund. Der Begriff „G-2 USA- China“ ist bereits im Umlauf. Im angelsächsischen Raum wird die ökonomische Symbiose wie sie sich zwischen den USA und China entwickelt hat auch „Chimerica“ genannt.<sup>(15)</sup>

Der Botschafter der Volksrepublik China in den USA Zhou Wenzong sprach die Hoffnung aus, dass Präsident Barack Obama in den drei Tagen seines Chinaaufenthalts während der Asientour im November 2009 die neuen Ansätze in den bilateralen Beziehungen auch mit tatkräftigen Aktionen untermauern wird. Es wird erwartet, dass Washington klare Positionen bei der Ablehnung des Handelsprotektionismus und der Befürwortung des freien Handels bezieht.

Ein zweites Beispiel, wo Staatengruppen gemeinsame Anstrengungen in der Außenpolitik und ökonomischen Kooperation unternehmen, soll angeführt werden. „Sich reckende Riesen“ überschrieb der in New Delhi wirkende ND-Korrespondent Hilmar König am 28.10. 2009 einen Artikel im Neuen Deutschland. Es geht um die bereits **neunte (!)**

---

<sup>15</sup> Junge Welt 14./15. 11. 2009 Seite 9

## **Tagung der Außenminister Indiens, Chinas und Russlands über globale, trilaterale und regionale Fragen.**

Dieses Gremium trägt die Bezeichnung „RIC – Format“, was bedeutet, einen gemeinsamen Standpunkt zu internationalen Fragen bezogen zu haben. Der russische Außenminister Lawrow hob hervor, das „RIC- Format“ inzwischen ein wichtiger Faktor beim Aufbau einer multipolaren Weltstruktur geworden ist.

Im Kommuniqué der genannten Beratung unterstreichen die drei Außenminister die Notwendigkeit, in den globalen Wirtschaftsstrukturen eine ausbalancierte Repräsentation von Schwellen- und Entwicklungsländern zu gewährleisten. Ziel der Strukturreformen der internationalen Finanzinstitutionen müsse eine gerechte Verteilung der Stimmen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern sein.

Diese drei „reckenden Riesen“ – so vermerkte eine indische Nachrichtenagentur – repräsentieren immerhin 39 % der Weltbevölkerung und beabsichtigen sich weiter im Kampf gegen Terrorismus, bei der internationalen Diskussion zu Fragen der UNO – Strukturreform, des Welthandels, der Bewältigung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Energiesicherheit sowie des Klimawandels abzustimmen. Sie wollen ihre trilaterale Kooperation unter anderem auf den Gebieten Gesundheit, Agrarwirtschaft, Katastrophenschutz und Infrastruktur vertiefen.

Bemerkenswert, dass auf der Pressekonferenz der russische Außenminister Lawrow feststellen konnte dass die drei Forum – Partner „übereinstimmende Auffassungen zu diplomatischen Methoden bei der Regelung der Situation auf der koreanischen Halbinsel und des Nuklearprogramms des Iran haben“.

Von zunehmender Bedeutung im weltpolitischen Maßstab sind driftens die Entwicklungsprozesse auf dem lateinamerikanischen Kontinent mit der Herausbildung von **UNASUR**, (16) mit der sich der ehemalige Hinterhof der USA als Staatengruppe politisch von den USA zunehmend abkoppelt und der Staatenbund **ALBA**, (17) der eine

---

<sup>16</sup> Die **Union Südamerikanischer (abgekürzt Unasur)** ist eine Staatengemeinschaft der zwölf südamerikanischen Staaten. Der Gründungsvertrag wurde am 23. Mai 2008 in Brasilia unterzeichnet.

<sup>17</sup> Die **Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika - Handelsvertrag der Völker** ist ein wirtschaftliches und politisches Bündnis von derzeit neun Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Das Bündnis soll eine Alternative zur von den USA geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA darstellen.

links gerichtete politische und soziale Emanzipation der lateinamerikanischen Völker anstrebt. Gleichzeitig entwickelt sich eine **Süd - Süd Kooperation** zwischen den Staaten Lateinamerikas und Afrikas. Die politischen Führer der beiden Weltregionen hatten sich bereits im November 2006 im nigerianischen Abuja getroffen. In ihrer Abschlusserklärung formulierten sie eine Vielzahl gemeinsamer Ziele wie die Reform der Vereinten Nationen, die Stärkung der Rolle der Frau, südamerikanische Investitionen in die afrikanische Landwirtschaft und gemeinsame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Konkret hervorgegangen ist aus dem hochkarätigen Treffen ein Komitee, dem zum einen die Afrikanische Union (AU) und Nigeria und zum anderen das Sekretariat der Südamerikanischen Staaten (UNASUR), Brasilien und Venezuela angehören, sowie acht Arbeitsgruppen, die Vorschläge für die künftige bi - regionale Zusammenarbeit unterbreiten sollen.

Unmittelbar nach dem Abschluss des G-20 Gipfel in Pittsburgh begann auf der venezolanischen Insel Margarita ein Gipfel der Staatshäupter von UNASUR und der Afrikanischen Union. Mehr als 60 Präsidenten, Premier-Minister, und hohe Vertreter der Länder Lateinamerikas und Afrikas nahmen daran teil. Anwesend waren auch die Präsidenten Brasiliens Luiz Inácio Lula da Silva , Argentinienens Cristina Fernández und Südafrikas Jacob Zuma, die direkt aus Pittsburgh angereist waren. In brüderlicher Atmosphäre – so wird berichtet – wurden auf diesem Gipfel mit großer Offenheit die Probleme der dritten Welt beraten. Auch hier standen die Fragen der Bewältigung der Finanz und Wirtschaftskrise aber vor allem der weitere Ausbau der gegenseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Industrie und in der Agrarwirtschaft. Nicht weniger bedeutungsvoll sind die Betonung des Gedanken der Solidarität, der auf gemeinsamen historischen Wurzeln beruht und die entschiedene Ablehnung Blockadepolitik der USA gegenüber Kuba.

Das globalisierungskritische Netzwerke Attac, das unter der Losung: **„Globalisierung ist kein Schicksal – eine andere Welt ist möglich“** agiert, hat den Verlauf des Gipfels von Pittsburgh und seine Ergebnisse kritisch begleitet.

In einem Positionspapier der Projektgruppe Krisen des Netzwerkes zu den Ergebnissen des G-20 Gipfels heißt es:

„Die grundlegende Bearbeitung der sozialen Ungleichheit und der globalen ökonomischen Ungleichgewichte ist der entscheidende erste

Schritt zu einer solidarischen Weltwirtschaft. Für diese Aufgabe ist der Club der G20 nicht das richtige Forum. Weltwirtschaftliche Themen in einem größeren Kreis als dem der G8 zu besprechen, ist ein richtiger Schritt, allerdings ändert dies grundsätzlich nichts an der Exklusivität und Intransparenz der Gespräche. Stattdessen sind jetzt die Vereinten Nationen mit ihrem Mindeststandard internationaler Demokratie ein geeigneteres Forum. Dass die UN-Konferenz zu den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise im Juni 2009 in New York und die dort diskutierten Strategien derart von den Regierungen der G20 marginalisiert wurden, zeigt, dass substantielle kooperative und soziale Lösungen nicht angestrebt werden“

Dem ist hinzuzufügen, dass der Kampf um eine gerechtere Welt noch große Anstrengungen und eines langen Atems bedarf. Nur der Druck der Zivilgesellschaft wird auf längere Sicht die notwendigen Veränderungen herbeiführen.

## **Anhang**

Im Stern Nr. 12/2009 ist ein Krisengespräch mit dem Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Paul Krugman, abgedruckt, das zu überdenken unbedingt lohnt: "Die Weltwirtschaft ist außer Kontrolle geraten. Jetzt müssen die Staaten gemeinsam gegensteuern. Doch den USA fehlt der Mut. Europa patzt, und die Bundesrepublik zaudert.

### **Haben Sie denn ein Rezept für die Rettung?**

Es ist so, wie der Ökonom John Maynard Keynes gesagt hat: 'Wir haben Probleme mit der Zündung.' Das heißt, der Wirtschaftsmotor funktioniert, aber er braucht Starthilfe. Und zwar rasch. Die ganze Welt braucht eine Rettungsaktion. Umfassende, koordinierende Konjunkturprogramme. Rettung der Banken. Und vielleicht sogar eine maßvolle Inflation. Denn die ist nicht unbedingt gefährliches Teufelszeug. Ein erwarteter Preisanstieg könnte die Menschen davon abhalten, ihr Geld zu horten. Das wäre im Moment sehr hilfreich.

### **Was sollte Europa tun?**

Europa patzt. Ich sehe kein Anzeichen eines gemeinsamen Handelns, vor allem in der Finanzpolitik. Das ist eine gewaltige Enttäuschung und ein großes Problem.

### **Welche Rolle spielt Deutschland dabei?**

Deutschland war bislang nur ein riesiger Stolperstein, ein gewaltiges Hindernis. Eben mal wieder sehr deutsch.

### **Wie bitte?**

Aus meiner Sicht – und lassen Sie mich hier einmal ein hässlicher Amerikaner sein – ist Deutschland immer noch ein ausgeprägter Wohlfahrtsstaat mit Neigung zu orthodoxen Positionen in Fragen der Finanzpolitik. Ich erinnere mich, dass sich Deutschland schon in den 80er Jahren stets gegen Maßnahmen aussprach, um Rezessionen auf europäischer Ebene zu bekämpfen. Ihr Finanzminister, Herr Steinbrück, scheint mit koordinierten Konjunkturprogrammen ein echtes Problem zu haben.

### **Von deutschen Politikern scheinen Sie ja offenbar nicht viel zu halten. Bundeskanzlerin Merkel nannten Sie vor kurzem "Frau Nein". Warum?**

Zu ihrer Ehrenrettung sei gesagt: Im Moment hat niemand die Sache im Griff, weder der extrem intellektuelle Obama noch der erfahrene britische Premierminister Brown. Und sicher wird die Lage dadurch erschwert, dass sich Europa aus Einzelstaaten zusammensetzt. Vielleicht sollte man nicht zu streng sein. Aber mit Blick auf Deutschland kann man nun wirklich nicht gerade von intellektueller Beweglichkeit sprechen. Manchmal glaube ich, in Deutschland begreift man das ungeheure Ausmaß der Krise immer noch nicht ganz. Dabei ist die Lage in Europa durchaus mit der in den USA zu vergleichen.

### **In Irland fordert man schon, dass die Deutschen das Land genauso wie ein eigenes Bundesland behandeln sollten. Muss Deutschland etwa für die Schulden anderer Staaten geradestehen?**

Rein ökonomisch haben die Iren recht. Wenn ein Staat in der Euro-Zone Pleite geht, Irland oder Spanien oder Griechenland, dann würde dies den anderen Ländern der Euro-Zone großen Schaden zufügen – und damit natürlich auch Deutschland. Der größere Teil der deutschen Exporte geht nach Europa. Andererseits darf es auch keinen Schutz um jeden Preis geben, etwa Bürgschaften für alle Staatsschulden.

### **In Berlin heißt es, man entscheide von Fall zu Fall.**

Das ist keine effektive Strategie. Es mag den totalen Zusammenbruch verhindern. Aber es hilft nicht, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Mit diesen Fall-zu-Fall-Hilfen wird alles immer weiter

hinausgezögert – und dann kostet es letztlich noch viel mehr. Die größeren Mitgliedsstaaten der EU müssen zu koordinierten Hilfsanstrengungen bereit sein. Doch das funktioniert nur, wenn Europas größte Wirtschaftsmacht mitmacht. Und das ist Deutschland.

**Wäre das nicht das Ende einer stabilen europäischen Währung?**

Wie stabil ist denn ein Absturz der Wirtschaft? Oder ein Staat, der den Bankrott erklären muss? In einigen osteuropäischen Ländern ist die politische Stabilität bereits jetzt gefährdet. Die normalen Regeln gelten nicht mehr. Sich daran zu klammern ist destruktiv. Für Deutschland und für die Welt.

**Bankenrettung, Konjunkturpakete, Hilfen für Europa – kann Deutschland all diese Lasten überhaupt schultern?**

Natürlich macht uns das Sorgen. Die USA werden nicht Pleite gehen, auch Deutschland oder Frankreich nicht. Aber es wird am Ende Billionen Dollar kosten. Und es wird viele Jahre dauern, bis Familien und Unternehmen die Schulden abgearbeitet haben.

**Gibt ihnen denn wenigstens die bevorstehende G-20-Konferenz zur Regulierung der Weltwirtschaft in London etwas Hoffnung?**

Schön wäre es. Ich wäre wirklich gern ein bisschen fröhlicher. Aber ich muss Sie - und mich - enttäuschen. Wirklich besorgniserregend ist die Machtlosigkeit der Politik. Die Politiker werden uns einmal mehr beruhigen wollen. Wir werden hören, man habe alles unter Kontrolle. Aber es geht hier nicht um eine Weltwirtschaft, die ein Problem hat und neuer Regeln bedarf. Die Weltwirtschaft ist außer Kontrolle geraten. Und zwar in einem Maß, das sich immer noch unserer Vorstellungskraft entzieht."

(S. 138 – 143)